

Im Haushalt steht die Null - das Staatsvermögen zerfällt

Historisches ist in dieser Woche dem Bundeskabinett passiert: Erstmals seit 1969 hat es einen schuldenfreien Etat beschlossen. Finanzminister Schäuble hält also Wort: Schuldenabbau geht vor. Die Schulden von heute lasten auf den Schultern kommender Generationen – die doch aufgrund der demografischen Entwicklung immer schmäler werden. Künftige Generationen dürfen nicht weiterhin die Verlierer kurzfristiger Entscheidungen sein, so die gängige Argumentation.

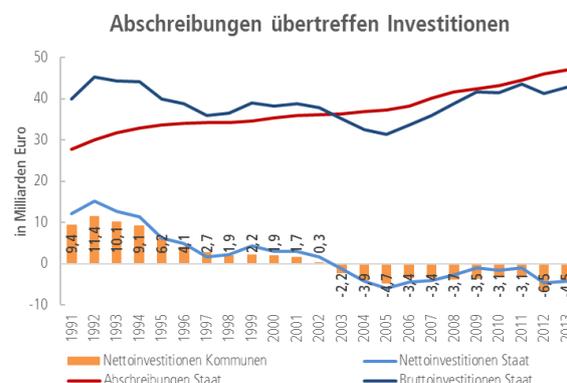
Doch die Null im Haushalt hat ihren Preis: Ausgerechnet die Erhöhung des Kindergeldes wird verschoben, der jährliche Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds gekürzt. Auch die Mütterrente soll aus Beiträgen statt aus Steuermitteln finanziert werden, obwohl auch dies eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Insgesamt werden so jährlich 7 Mrd. Euro „gespart“.

Zudem hinkt Deutschland im europäischen Vergleich bei den öffentlichen Investitionen hinterher, obwohl der riesige inländische Investitionsbedarf in marode Brücken, Straßen, Schienen und kommunale Bauten längst hätte angegangen werden müssen. In den Kommunen ist der Investitionsstau am dramatischsten. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat ermittelt, dass der Investitionsrückstand der Städte und Gemeinden auch 2013 um 4,5 Mrd. Euro gestiegen ist. Seit 2003 übertreffen die Abschreibungen auf öffentliche Infrastrukturen, Maschinen und den sonstigen Kapitalstock die Investitionen um insgesamt 42 Mrd. Euro. Der Wert des kommunalen Eigentums, also des von allen benötigten staatlichen Vermögens, sinkt seit elf Jahren – obwohl in der Wirtschafts- und Finanzkrise von Bund und Ländern über die Konjunkturpakete zusätzlich investiert wurde (siehe Grafik). Der Einnahmeüberschuss der Kommunen von 3,5 Mrd. Euro im letzten Jahr ist also wie Schäubles Null-Schulden-Haushalt für

2014 nur ein Teil der Realität. Das Verschieben von Investitionen ist fahrlässig. Denn je länger selbst Erhaltungsinvestitionen auf die lange Bank geschoben werden, desto teurer wird es. Am Ende ist die Brücke nicht mehr reparabel. Es muss neu gebaut werden.

Das muss nicht sein: Wenn man Steuererhöhungen für Reiche und Superreiche, Erben großer Vermögen und Spitzenverdiener nicht zum Tabu erklärt hätte, wäre beides möglich: die Schulden zurückzahlen und den enormen Bedarf an öffentlichen Investitionen finanzieren. Der Anteil der Steuern mit starkem Bezug zu Gewinnen und Vermögen am Gesamtsteueraufkommen sinkt seit Jahren – und damit auch deren Anteil an der Finanzierung der Zukunftsinvestitionen und des Gemeinwohls. Doch es darf nicht sein, dass zunehmend nur noch die Beschäftigten mit Lohn- und Verbrauchssteuern die Finanzierung des öffentlichen Lebens bestreiten und damit auch den Wirtschaftsstandort am Laufen halten. Auch die Reichen müssen dieses Land angemessen mitfinanzieren. Die herrschende Politik muss endlich umdenken.

Zukünftige Generationen brauchen nicht nur eine dicke Null im Haushalt, sondern vor allem ein intaktes Gemeinwesen. Und das muss gerecht finanziert werden.



Quelle: Destatis, Berechnung von IMK